

Illustrierte Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift**

Band (Jahr): **25 (1921)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Mäher im Toggenburg. Phot. Max Burkhardt, Arbon.

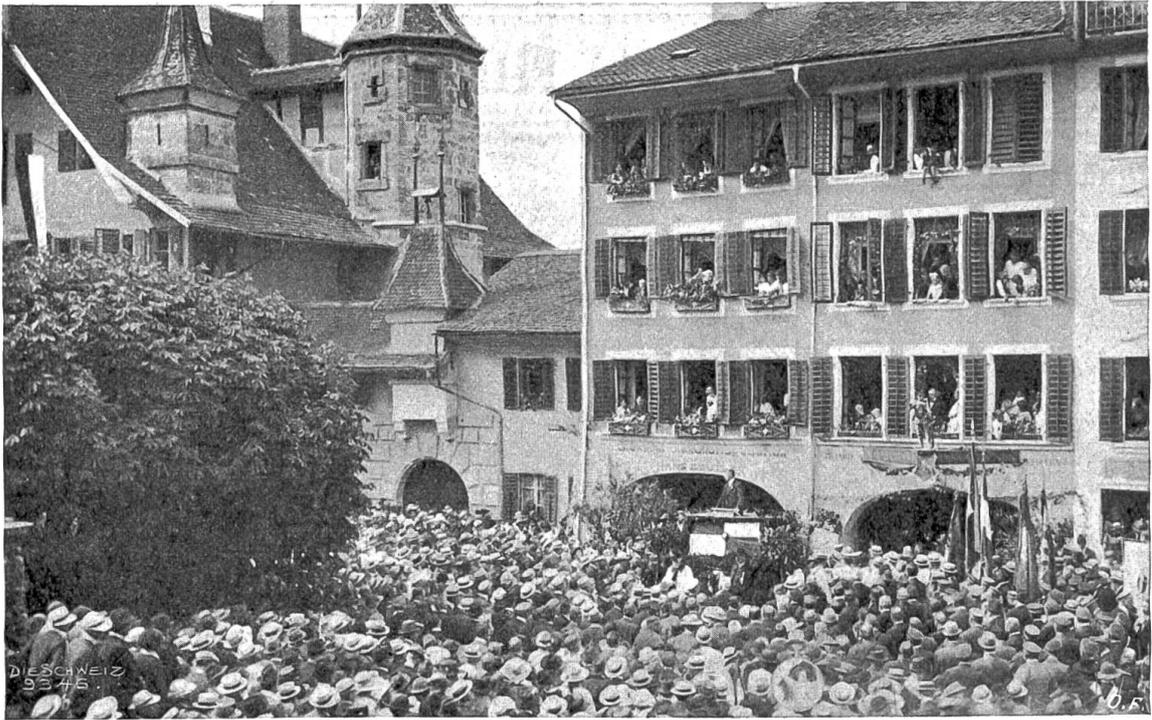
Politische Uebersicht.

Zürich, 29. Juni 1921.

Als sich vor Jahresfrist die Völkerbundsvereinigungen in Mailand zu einer Konferenz versammelt hatten, war es die französische Delegation, die — zum allgemeinen Befremden von den Schweizern unterstützt — die Aufnahme der deutschen Völkerbundsfreunde in die Weltvereinigung schroff ablehnte. Dieses Jahr, in Genf, befürworteten dieselben Franzosen nicht nur die Aufnahme der deutschen Vereinigung für den Völkerbund, sondern stimmten sogar der Resolution zu, die den Wunsch ausdrückt, Deutschland möchte so bald als möglich gemäß Art. 1 des Paktes in den Völkerbund aufgenommen werden. Es scheint, der neue Kurs in Deutschland hat doch in Frankreichs leitenden Kreisen gute Wirkung getan, und die politischen Verhältnisse, hauptsächlich die Lage im Orient, lassen mehr und mehr die Einsicht aufdäm-

mern, daß ein geeintes Europa heute eine Forderung sei, die allen nationalistischen Strömungen zum Troß erfüllt werden müsse. Jedenfalls kann die redaktionelle Aenderung, welche die französischen Delegierten beantragten, und die beschlossen wurde, an der symptomatischen Bedeutung dieser Resolution nichts ändern.

Diesem Kongreß folgte die zwölf-tägige Session des Völkerbundsrates, ebenfalls in Genf. In der Wandsfrage wurde der Antrag der Kommission, der bekanntlich auch alt Bundesrat Calonder angehört, angenommen, wonach die Wandsinseln nicht, wie die Bevölkerung wünschte, Schweden, sondern Finnland zugesprochen wurden. Daß es England willkommen ist, wenn ein weniger starker Staat im Besitze dieser strategisch wichtigen Inseln ist, begreift man ja wohl. Immerhin hinterläßt diese Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Ein-



Einweihung der Gedenktafel für Bundesrat Jakob Stämpfli. Rede von Bundespräsident Schulthess auf dem Rathausplatz in Büren a. A. Phot. N. Hohl, Lth.

wohner einen bitteren Nachgeschmack. Finnland sicherte die weitestgehenden Garantien zu, die sich auf die nationale Eigenart der Mänder, den Kauf von Grundstücken durch Zugewanderte, die Steuern usw. beziehen. Die Inseln werden militärisch neutralisiert. Schweden begnügte sich mit einem Protest, erklärte sich aber im Interesse der Versöhnung und des Friedensbereit, sich dem Spruch zu unterziehen. Den polnisch-litauischen Konflikt konnte der Rat infolge der Weigerung der Litauer nicht schlichten. Hymans' Vermittlungsvorschlag erschien der litauischen Delegation zu wenig Garantien gegen polnische Eroberungslüste zu enthalten. Nun sollen in Brüssel unter Hymans' Vorsitz die Verhandlungen am 15. Juli wieder aufgenommen werden. — Alba-

nien wurde bekanntlich trotz seiner noch nicht sichern Grenzen von der Versammlung des Völkerbundes letztes Jahr als Mitglied aufgenommen. Bedrängt von den Türken und Griechen, die albanisches Gebiet besetzt halten, wandte es sich nun an den

Rat um Hilfe. Dieser aber kam zu dem geradezu unbegreiflichen Beschluß, die Klage an die Botschafterkonferenz zu weisen, von der die Albanier als Neutrale nichts wissen wollen. Die Versammlung wird also im September eine durchaus berechtigte Appellation Albaniens zu behandeln haben, das sich heute fragt, was ihm die Mitgliedschaft der Liga der Nationen eigentlich nütze. Wenn der Völkerbundsrat die Institution des Bundes in Mißkredit bringen will, braucht er bloß noch einige derartige Entschei-



Gedenktafel für Bundesrat Jakob Stämpfli, angebracht am Schloß zu Büren a. A. Phot. N. Hohl, Lth.



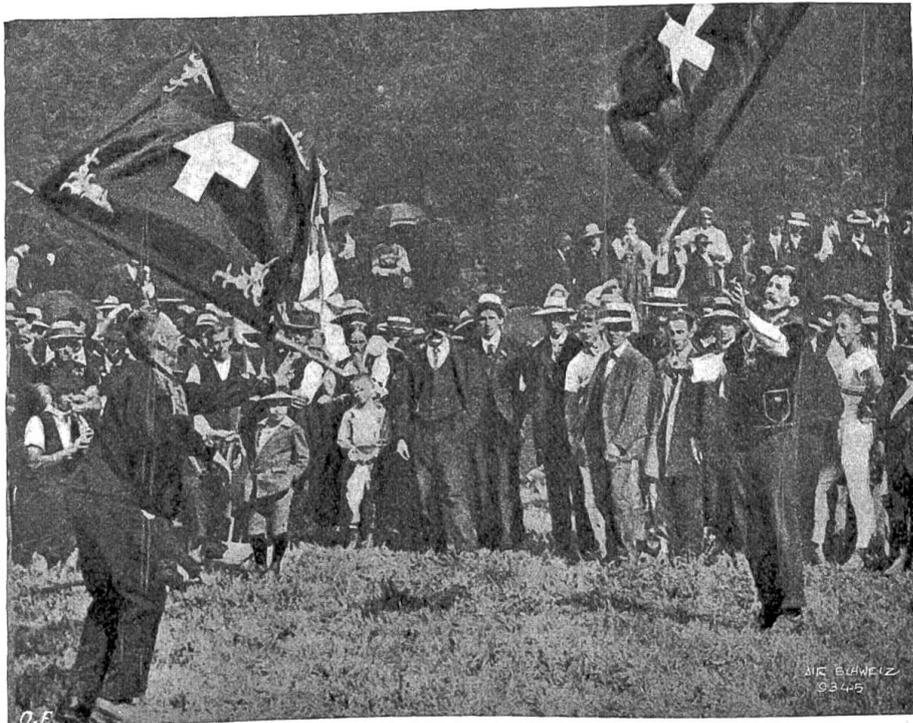
Marzifessenfest in Montreux, 4./5. Juni 1921. Ballett der Kinder.

dungen zu treffen oder leichtfertig über Beschwerden hinwegzugehen, wie die aus dem Saargebiet, die eine Untersuchung des Verhaltens der dortigen Verwaltung verlangten. Möglich, daß der Vorwurf, diese Verwaltung diene einseitig französischen Interessen, sie behandle die Einwohner nicht nach Recht und Billigkeit, nicht zutrifft —

möglich aber auch, daß die Beschwerden berechtigt sind. Jedenfalls geht es nicht an, von einer strengen unparteiischen Untersuchung abzusehen, bloß die Franzosen um Auskunft zu ersuchen und auf diese einseitige Information hin die Beschwerden abzuweisen. — Glücklicher war die Lösung der Danziger

Frage, wonach den Polen unter Berücksichtigung der Souveränität Danzigs der Zugang zum Meer gewährleistet und Danzig eine Verfassungsänderung empfohlen wird, die den Bürgern mehr Einfluß auf die Verwaltung gewährt.

Die Beschlüsse des Völkerbundsrates, seine Geheimtueri bei den Sitzungen usw.



Innerschweizerisches Schwing- und Felpferfest in Sarnen. Sommer 1921. Beim Fähnenschwingen. Phot. Bodmer, Zürich.



Schweizerischer Postverkehr: Postkutsche auf dem Schynpafß zwischen Thufis und Tiefentastel.

sind dazu angetan, den Gegnern des Völkerbundes Wasser auf ihre Mühlen zu leiten und das Ansehen des Rates ernstlich zu gefährden. Trösten wir uns damit, daß die Versammlung nach den letztjährigen Erfahrungen wesentlich demo-

glauben trotz den Mißgriffen, die begangen werden, an die Entwicklung des Völkerbundes, nicht weil wir ihn heute schon als unfehlbar und allmächtig betrachten, sondern weil wir an die Entwicklung des Menschen und an das Gute in ihm glauben.

kratischer vorgeht, daß dort auch die Kleinen Gehör finden, öffentlich verhandelt wird und die Politiker und Diplomaten alter Schule nicht den Ausschlag geben! Sollte bald auch Ungarn, dessen Anmeldung bereits vorliegt, und Deutschland im Bunde sein, so dürfte in die Liga der Nationen ein anderer Zug kommen. Wir



Maultierpost im Saas-Fée-Tal.

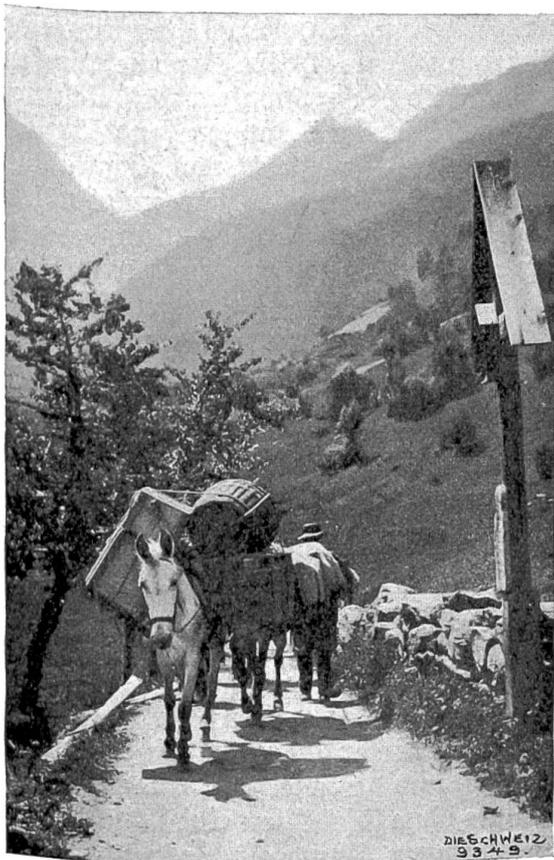
Daß sich
indessen
nicht bloß
Kongres-
se und
Konfe-
renzen,
sondern
auch La-
ten ereig-
neten, be-
zeugt die
Erlegung
der Mil-
liarde
Gold-
mark, die
Deutsch-
land
noch vor
dem 31.
Mai zu
leisten



Die neuen Gebirgspostautos am Rhonegletscher, Route Gletsch-Furkapaf-Andermatt.
Phot. N. Krenn, Zürich.

hatte, die Waffenablieferung, die den
Voranschlag der Reparationskommission
nicht unbeträchtlich übersteigen soll, sowie
die Verhandlungen gegen die von den
Alliierten angeklagten Kriegsverbrecher

in Leipzig. Die Urteile fanden zwar
nicht die einstimmige Billigung bei der
Entente; man hat aber den Eindruck,
daß das Reichsgericht streng nach den
Gesetzen vorgeht und in seinen Wahr-
sprüchen wirkliche Schuld zu bestrafen sich
bemüht. — Man sieht, daß es dem Reichs-
kanzler Wirth in der Tat ernst ist mit der
restlosen Erfüllung der Wiederherstellungs-
pflicht. Nur in Bayern schien sich lange
gegen die Auflösung der Selbstschutz-
organisationen ein starker Widerstand gel-
tend zu machen. Nun aber spricht die
Meldung vom Rücktritt Escherichs dafür,
daß diese Auflösung doch vollzogen wurde.
Es ist nur zu hoffen, es gelinge den Quer-
treibereien und Hehereien der Alldeut-
schen, deren Wirkungsgebiet hauptsächlich
Bayern ist, nicht, die Stellung der Re-
gierung nach innen und außen zu erschüt-
tern. So hatten bereits die Ermordung
des Unabhängigen Gareis in München
und die maßlosen Angriffe auf die Re-
gierung im Reichstag bei der Erörterung
dieses Falles eine ungünstige Wirkung in
Frankreich, wo man sich sagt, daß ein
immerhin nicht unmöglicher Sturz des
Reichskanzlers und seiner Regierung durch
die Gegner die ganze Reichspolitik mit
einem Schlage ändern könnte, und wo
man mit dieser Befürchtung als Grund



Post in Kippel-Lötschental.

oder Vorwand nicht an die Aufhebung der Sanktionen am Rhein denken will. Und doch wäre diese wohl eines der besten Mittel, die Stellung der Regierung in Deutschland zu stützen.

Ein erfreuliches Symptom war die Besprechung der beiden Aufbauminiſter Loucheur und Rathenau in Wiesbaden über die Wiedergutmachungsfrage. So schwierig die Lösung dieses Problems sein mag, so darf doch in der Tatsache allein, daß zwei verantwortliche Miniſter der früher feindlichen Länder in persönlichen Kontakt miteinander treten, der ehrliche Wille zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit warm begrüßt werden.

Noch immer ist der oberschlesische Aufstand nicht liquidiert; aber es scheint, daß sich nun eine Formel fand, die zur Rückkehr von Ruhe und Ordnung in dem Grenzlande führen wird. Der Selbstschußgeneral Höfer und die aufständischen Polen haben der interalliierten Kommission durch ihre Weigerung, die besetzten Gebiete zu räumen, lange Schwierigkeiten gemacht. Nun aber ist es den Alliierten gelungen, sie zum Nachgeben zu bewegen; man setzte ihnen Fristen, bis zu denen die strittigen Gebiete geräumt sein müssen, und diese wurden angenommen, und es heißt, der Rückzug hätte bereits begonnen. Damit wäre vorläufig eine Gefahr beseitigt. Daß Frankreich hartnäckig darauf beharrt, das oberschlesische Industriegebiet Polen zuzuschützen, obwohl man in Deutschland ohne dieses seinen Verpflichtungen nicht nachkommen zu können glaubt, macht natürlich im Deutschen Reich böses Blut. Auch hier dürfte eine weitgehende Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft bei aller Freundschaft zu Polen gute Wirkung tun.

Hatte man schon bei den Verhandlungen über die Wiedergutmachungen bemerkt, daß zwischen den Alliierten, besonders zwischen England und Frankreich, eine gewisse Verstimmung und Uneinigkeit bestand, so treten diese noch mehr bei dem überaus wichtigen Orientproblem zutage. Hier haben sich für das englische Imperium die Dinge recht gefährlich gestaltet. Auf seinem Vormarsch gegen Konstantinopel bedroht die mit Sowietrußland neuerdings verbündete Regierung

von Angora Großbritannien in einer seiner empfindlichsten Stellungen. Die Haltung der Osmanen gegen die Engländer ist nichts weniger als freundschaftlich; aber auch Frankreich erntet für seinen Schutz der Ungläubigen wenig Dank und erfährt in Cilicien ähnliche Bedrohungen wie England in Konstantinopel. Nun bestand in England große Neigung, König Konstantin gegen die Türken zu unterstützen, wovon jedoch Frankreich nichts wissen will. An einen Sieg der Griechen glaubt aber, trotzdem Konstantin selbst an die Front abging und die geplante Offensive selber leiten wird, niemand recht. In einer Besprechung, die Lord Curzon in Paris mit Briand und dem dortigen italienischen Botschafter abhielt, äußerte er die Meinung, man sollte den Türken Smyrna abtreten, und es reifte der Entschluß, Athen die Vermittlung der Alliierten zu offerieren und der griechischen Regierung zu empfehlen, die Feindseligkeiten in Kleinasien einzustellen. Aber diese lehnte ab und erklärte, die Offensive lasse sich nicht hinauschieben. Wenn diese im Gang sei, wolle man gern Vorschläge der Alliierten in Empfang nehmen. Somit ist die Gefahr nicht beschworen, während England Schwierigkeiten in allen Gegenden seines Weltreichs zu bekämpfen hat. Da ist Mesopotamien, ist Palästina, wo es kriselt, in Ägypten fand kürzlich eine blutige — vielleicht von Angora aus angezettelte — Revolte statt, und Indien ist bedroht. Also überall — besonders in den noch nicht zu Dominions für reif befundenen Staaten — erheben sich Gefahren für das Imperium, und die Uneinigkeit zwischen den Alliierten läßt die Osmanen selbstbewußter gegen die Europäer auftreten. Die Einigung Europas, und nur sie, kann die Gefahr beschwören, die das Orientproblem in sich schließt.

Daß England auch im Innern schwere Sorgen hatte, ist bekannt. Der Streik der Bergarbeiter hat inzwischen allerdings mit einer Niederlage der Streikenden sein Ende gefunden. Nach der Einigungsvorlage gewährt die Regierung während dreier Monate eine Unterstützung, und das englische Unterhaus bewilligte ohne Diskussion einen Kredit von 10 Millionen Pfund als Subvention für

die Arbeiter. Am 1. Oktober tritt das endgültige Abkommen in Kraft. Die garantierten Mindestlöhne sollen 20 Prozent über den Ansätzen vor dem Krieg stehen. In jedem Kohlendistrikt wird der Bruttoertrag der Gruben nach Abzug der allgemeinen ständigen Kosten wie folgt verteilt: 43 Prozent auf Rechnung der Löhne, 57 Prozent zur Verteilung als Gewinn.

Auch in dem höchst peinlichen Konflikt mit Irland glaubte Lloyd George einen Weg zur Lösung entdeckt zu haben, indem er eine Konferenz mit den Führern der Iren vorschlug und auch den „Präsidenten“ de Valera nach England einlud, denselben, auf dessen Gefangennahme ein Preis ausgesetzt war, der auch wirklich kürzlich verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. De Valera erklärte sich zu Verhandlungen bereit, vorausgesetzt, daß England zuvor bedingungslos Irlands Unabhängigkeit anerkenne, was England natürlich nicht versprechen kann. Zugleich wird Frankreich von Irland in einem Blaubuch um Unterstützung angerufen. Also scheint vorläufig dieser alte Kampf noch nicht erledigt zu sein.

Ein etwas heikles Problem ist für England sein Verhältnis zu Japan und die Frage der Erneuerung seines Bündnisses mit der Großmacht im Osten. Australien und Kanada sind den Japanern nicht gewogen, trotzdem schloß sich an der Konferenz der Dominions in London ersteres den Neuseeländern an, die für die Erneuerung des Bündnisses eintraten, falls dadurch nicht ein Konflikt

mit den Vereinigten Staaten entstehe, während Kanada und Neuseeland sich dagegen aussprachen. Die Frage ist deshalb sehr heikel, weil ein Bruch mit Japan den Interessen der englischen Weltmacht ebenso gefährlich werden könnte wie ein Konflikt mit Amerika, in dem sich Kanada und Australien sehr leicht auf Seite der Union stellen könnten.

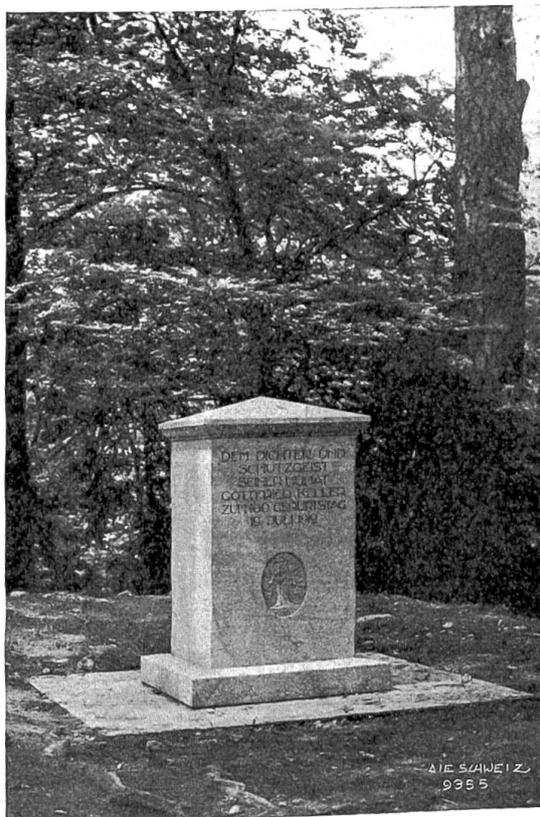
Großes Interesse beanspruchte das Ergebnis der Kammerwahlen in Italien. Die Kommunisten haben ein Dut-

zend Sitze erobert, etwa 20 Mandate gingen den Sozialisten verloren, die Faschisten, diese extrem nationalistischen Scharfmacher und Radaubröder reaktionärer Richtung, deren terroristisches Vorgehen zu Blutvergießen an vielen Orten geführt hat, haben über dreißig Leute hinein gebracht; allerdings dürften sie durch ihr Treiben die Sozialisten vor einer stärkeren Reduktion ihrer Sitze bewahrt haben

... Eine geringe Stärkung erhielt die katholische Volkspartei. Giolittis Stellung ist durch die Wahlen kaum erleichtert worden. Der

Wahlkampf, der

ziemlich temperamentvoll ausgefochten wurde — vielenorts mußten die Wähler durch Militär geschützt werden, da und dort gab es blutige Köpfe und Tote! — hatte ferner zur Folge, daß aus den neuen Provinzen sechs Slaven und vier Deutsche in die Kammer einziehen. Der nationale Block hat etwas mehr als die Hälfte aller Sitze erobert; aber an der Niet- und Nagelfestigkeit dieses künstlichen, aus einander recht widerstrebenden Elementen zusammengeleisterten Blockes dürfte auf die Dauer füglich gezweifelt werden. Den-



Der Gottfried Keller-Denkstein auf der Manegg, errichtet von der zürcherischen Sektion des Schweizerischen Heimatschutzes. Phot. A. Krenn, Zürich.



Fritz Oswald, Horgen.

1. August 1920 am Zürichsee. Ölgemälde.